

Konzerninsolvenzrecht

von

Prof. Dr. Georg Anuß, RA München; Dr. Helmut Balthasar, RA/Dipl.-Kfm., Essen;
Prof. Dr. Lucas F. Flöther, RA, Halle/Berlin/Mannheim; Dr. Michael Frege, RA,
Frankfurt a. M.; Arndt Geiwitz, WP/StB, Neu-Ulm; Prof. Dr. Urs Gruber, Univ.
Mainz; Stefan Hoffmann, Brüssel; Dr. Thomas Hoffmann, RA, Frankfurt a. M.;
Dr. Günther Kahlert, RA/StB, Hamburg; Prof. Dr. Matthias Lehmann, DEA, LL. M.,
J. S. D., Univ. Bonn; Prof. Dr. Stephan Madaus, Univ. Halle-Wittenberg; Dr. Matthias
Nicht, HWR Berlin; Dr. Christoph Niering, RA, Köln; Dr. Christian Pelz,
RA, München; Prof. Dr. Christian C.-W. Pleister, RA, Frankfurt a. M.; Detlef Specovius,
RA, Achern; Dr. Ingo Theusinger, RA, Düsseldorf; Prof. Dr. Christoph Thole,
Dipl.-Kfm., Univ. Tübingen; Dr. Sven-Holger Undritz, RA, Hamburg; Dr. Christoph
von Wilcken, RA, Berlin; Dr. Lars Westpfahl, RA, Hamburg.

Herausgegeben von
Prof. Dr. Lucas F. Flöther

2. Auflage 2018



Autorenverzeichnis

Prof. Dr. Georg Annuß, LL. M.:

Prof. Dr. Georg Annuß, LL. M., Rechtsanwalt, ist Partner der Staudacher Annuß Arbeitsrecht. Rechtsanwalts-gesellschaft mbH in München und verfügt über umfassende praktische Erfahrungen bei der arbeitsrechtlichen Restrukturierung von Unternehmen einschließlich der Begleitung von Betriebsübernahmen, Personalanpassungsmaßnahmen sowie der Verhandlung von Interessenausgleichen und Sozialplänen sowie bei der primär unternehmensseitigen Beratung von Aufsichtsräten und Vorständen in Organangelegenheiten. Er ist darüber hinaus außerplanmäßiger Professor an der Universität Regensburg für Bürgerliches Recht, Arbeits- und Sozialrecht.

Dr. Helmut Balthasar:

Dipl.-Kfm. Dr. Balthasar ist seit 1995 als Rechtsanwalt in der Sozietät GÖRG tätig. Schwerpunkt seiner Tätigkeit ist die vorinsolvenzliche Beratung von Unternehmen in insolvenz- und sanierungsrechtlichen Fragen und die Übernahme von Organfunktionen in Unternehmen in der Krise. Größere Bekanntheit hat er erstmals als Finanzvorstand der Babcock Borsig AG in der Insolvenz erlangt, prominentester Fall der jüngeren Zeit war die Arcandor Insolvenz, an deren Abwicklung er in maßgeblicher Funktion mit beteiligt war. Dr. Balthasar verfügt über langjährige Erfahrung als Dozent insolvenzrechtlicher und bankbetriebswirtschaftlicher Seminar- und Fortbildungsveranstaltungen. Zudem ist er Mitautor im Nerlich/Römermann, einem Kommentar zur InsO.

Prof. Dr. Lucas F. Flöther:

Prof. Dr. Lucas F. Flöther ist Rechtsanwalt, Fachanwalt für Insolvenzrecht und Partner der auf Sanierung und Insolvenzverwaltung spezialisierten Kanzlei Flöther & Wissing mit Niederlassungen u. a. in Halle, Berlin und Mannheim. Die Sozietät zählt im Bereich der Insolvenzverwaltung zu den führenden überregional tätigen Kanzleien Deutschlands und hat sich auf die Sanierung großer Unternehmen spezialisiert. Lucas Flöther war Mitglied der vom Bundesministerium der Justiz (BMJ) eingesetzten Expertengruppe zur Erarbeitung des Entwurfes eines Gesetzes zum Konzerninsolvenzrecht. Er berät und vertritt Unternehmen und Unternehmensgruppen regelmäßig in komplexen insolvenz- und sanierungsrechtlichen Fragestellungen. Seit 2012 ist er Honorarprofessor für Bürgerliches Recht und Insolvenzrecht an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Dr. Michael C. Frege:

Dr. Michael C. Frege ist Rechtsanwalt, Fachanwalt für Insolvenzrecht, Insolvenzverwalter und Wirtschaftsmediator. Er ist Partner der Kanzlei CMS Hasche Sigle. Seinen beruflichen Schwerpunkt hat er in der Insolvenzverwaltung, insbesondere von international tätigen Konzernunternehmen, von Finanzdienstleistern und Kreditinstituten. Er ist Autor zahlreicher Fachbeiträge und Fachbücher, u. a. Frege/Riegel „*Schlussbericht und Schlussrechnung*“, Frege/Keller/Riedel „*HRP Handbuch der Rechtspraxis Insolvenzrecht*“, Frege „*Verhandlungserfolg in Unternehmenskrise und Sanierung*“ und Frege „*Der Sonderinsolvenzverwalter*“.

Arndt Geiwitz:

Dipl.-Kfm. Arndt Geiwitz trat nach dem Abschluss seines betriebswirtschaftlichen Studiums mit 23 Jahren in die Geschäftsführung des elterlichen Schuheinzelhandelsunternehmens ein, bevor er 1995 in die Kanzlei Schneider eintrat. Nach der klassischen Ausbildung zum Steuerberater und Wirtschaftsprüfer legte er ab 1999 seine beruflichen Schwerpunkte

auf Restrukturierung und Insolvenzverwaltung sowie die Begleitung von M&A-Prozessen. Er berät mittelständische und teilweise auch börsennotierte Unternehmen in den Bereichen Risikomanagement, Unternehmensorganisation und -strategie. Seit 2000 ist Arndt Geiwitz selbst bestellter Insolvenzverwalter, Sachwalter und Treuhänder. 2004 wurde Geiwitz Partner. Seit dem firmiert die Kanzlei auch unter dem Namen Schneider, Geiwitz & Partner. Sie hat ihren Stammsitz in Neu-Ulm, verfügt über 14 Niederlassungen und beschäftigt 240 Mitarbeiter.

Prof. Dr. Urs Peter Gruber:

Prof. Dr. Urs Peter Gruber studierte ab 1990 Rechtswissenschaften an den Universitäten Frankfurt am Main und Mainz. Seine Promotion an der Universität Mainz erfolgte 1999 mit einer Arbeit zum internationalen Versicherungsvertragsrecht. 2002 habilitierte er sich an der Universität Mainz mit der Arbeit „Methoden des Internationalen Einheitsrechts“. 2002 folgte Gruber einem Ruf an die Martin Luther-Universität Halle-Wittenberg. Von 2007 bis zu seinem Weggang 2009 war er Richter am Oberlandesgericht Naumburg im 1. Zivilsenat. 2008 war Prof. Gruber zusätzlich Gastprofessor an der Bilkent-Universität in Ankara. Nachdem er 2008 zunächst einen Ruf an die Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main abgelehnt hatte, folgte Prof. Gruber einem Ruf an die Johannes Gutenberg-Universität Mainz. 2013 nahm er eine Gastprofessur an der University of Georgia wahr. Seine Forschungsschwerpunkte liegen u. a. im allgemeinen bürgerlichen Recht, im nationalen und internationalen Zivilverfahrensrecht, im internationalen Privatrecht und im internationalen Einheitskaufrecht.

Stefan Hoffmann:

Stefan Hoffmann ist als Bank Recovery and Resolution Expert beim Single Resolution Board in Brüssel beschäftigt. Die Arbeitsschwerpunkte von Herrn Hoffmann liegen dort vor allem in der rechtlichen Begleitung und Vorbereitung akuter Krisensituationen sowie des Abwicklungsplanungsprozesses u. a. für deutsche Kreditinstitute. Zuvor war Herr Hoffmann für die Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung u. a. als Mitglied des Internal Resolution Teams für eine deutsche Großbank tätig. Bis Dezember 2013 war Herr Hoffmann überdies Mitglied des interdisziplinären Graduiertenkollegs „Foundations of Global Financial Markets – Stability and Change“ der Universitäten Halle und Jena sowie wissenschaftlicher Assistent von Prof. Dr. Lucas F. Flöther.

Dr. Thomas Hoffmann:

Dr. Thomas Hoffmann ist Rechtsanwalt und seit 2002 Partner der Anwaltssozietät Noerr und leitet dort die Praxisgruppe Restrukturierung & Insolvenz. Er vertritt regelmäßig Gläubiger in komplexen Sanierungsfällen wie sie in Konzerninsolvenzen häufig anzutreffen sind. Dr. Thomas Hoffmann wurde 1964 in Tübingen geboren. Vor seiner juristischen Ausbildung in Passau, Tübingen und London absolvierte er eine Ausbildung zum Bankkaufmann. Seine Promotion zum Dr. rer. pol. erfolgte 1996 an der betriebswirtschaftlichen Fakultät der Universität Stuttgart.

Dr. Günther Kahlert:

Dr. Günther Kahlert ist Rechtsanwalt (1995) und Steuerberater (2000). Nach Tätigkeiten für eine internationale Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, für eine auf M&A spezialisierte Anwaltskanzlei und für eine internationale Anwaltskanzlei ist Dr. Kahlert seit Herbst 2015 für Flick Gocke Schaumburg am Hamburger Standort tätig. Dr. Kahlert begleitet Unternehmen und Unternehmer aus gesellschaftsrechtlicher und steuerrechtlicher Sicht bei M&A-Transaktionen, Umstrukturierungen und Sanierungen. Weitere Schwerpunkte sind die steuerliche Beratung und Vertretung von Insolvenzverwaltern sowie die Verteidigung gegen steuerliche Haftungsansprüche. Dr. Kahlert veröffentlicht und referiert regelmäßig zu Themen des Sanierungs- und Insolvenzsteuerrechts. Dr. Kahlert ist Mitglied des He-

rausgeberbeirats der ZIP, Gastdozent an der Bundesfinanzakademie und Vorsitzender des Hamburger Kreis für Sanierungs- und Insolvenzsteuerrecht e. V.

Prof. Dr. Matthias Lehmann, D. E. A., LL. M., J. S. D.:

Professor Dr. Matthias Lehmann, D. E. A. (Paris II), LL. M., J. S. D. (Columbia) ist Inhaber des Lehrstuhls für Bürgerliches Recht, Europäisches und Internationales Privat- und Wirtschaftsrecht an der Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Er ist Autor zahlreicher Veröffentlichungen in deutscher, englischer, französischer und spanischer Sprache. Seine Forschungsinteressen liegen im Bereich des Internationalen und Europäischen Privatrechts, des Bank- und Kapitalmarktrechts und der Rechtsvergleichung. Er ist regelmäßig Gastdozent an verschiedenen europäischen Universitäten.

Prof. Dr. Stephan Madaus:

Prof. Dr. Stephan Madaus ist Inhaber des Lehrstuhls für Bürgerliches Recht, Zivilprozess- und Insolvenzrecht an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Er ist Mitherausgeber der NZI und Autor zahlreicher Veröffentlichungen mit Schwerpunkt im Recht des Insolvenzplans und der Unternehmenssanierung. Zuletzt leitete er gemeinsam mit Prof. Bob Wessels (Leiden University) das „European Law Institute’s Project on Rescue of Business in Insolvency Law“. Er war Mitglied der Bietergemeinschaft, die für das BMJV das Forschungsvorhaben „ESUG Evaluierung“ durchgeführt hat.

Prof. Dr. Matthias Nicht:

Prof. Dr. Matthias Nicht ist Professor für Bürgerliches Recht, Vollstreckungs- und Insolvenzrecht, Registerrecht an der Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR) in Berlin. Zuvor war er in der Insolvenzverwaltung vorwiegend international handelnder Konzernunternehmen tätig und Lehrbeauftragter in den Fachgebieten Kreditsicherungsrecht und Insolvenzrecht an der Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR) in Berlin. Er ist Autor zahlreicher Fachbeiträge, u. a. in Keller *„Handbuch Zwangsvollstreckungsrecht“*, Kübler *„HRI Handbuch Restrukturierung in der Insolvenz“*, Theiselmann *„Praxishandbuch des Restrukturierungsrechts“*.

Dr. Christoph Niering

Dr. Christoph Niering ist Fachanwalt für Insolvenzrecht und Partner von Niering Stock Tömp Insolvenzverwaltungen, eine der großen deutschen Insolvenzverwalterkanzleien. Seit mehr als 20 Jahren ist er überwiegend als Insolvenzverwalter tätig und hat seitdem über 2000 Insolvenzverfahren betreut. Aus dieser Erfahrung heraus berät er seit Jahren erfolgreich vor allem große mittelständische Unternehmen bei der Sanierung und Restrukturierung. Neben seiner vielfältigen Autoren- und Vortragstätigkeit ist er auch als Sachverständiger des deutschen Bundestags für insolvenzrechtliche Fragestellungen tätig. Seit 2011 ist er zudem Vorsitzender des Verbandes der Insolvenzverwalter Deutschlands e. V.

Dr. Christian Pelz:

Dr. Christian Pelz ist Rechtsanwalt, Fachanwalt für Strafrecht und Fachanwalt für Steuerrecht in der internationalen Sozietät Noerr LLP, München. Dr. Pelz verteidigt und vertritt Unternehmen und Unternehmensleiter in Wirtschafts- und Steuerstrafverfahren und berät Unternehmen in Compliance Angelegenheiten. Einen Schwerpunkt seiner Tätigkeit stellt das Insolvenzstrafrecht dar. Christian Pelz ist Lehrbeauftragter für Strafrecht an der Universität Augsburg und Mitglied des Center for Criminal Compliance der Universität Gießen. Er veröffentlicht regelmäßig zu wirtschafts- und steuerstrafrechtlichen, insbesondere zu insolvenzstrafrechtlichen Themen.

Prof. Dr. Christian C.-W. Pleister:

Prof. Dr. Christian C.-W. Pleister ist seit 1999 als zugelassener Rechtsanwalt tätig und seit 2005 Partner der internationalen Anwaltssozietät Noerr LLP an den Standorten Berlin/

Frankfurt. Er ist Spezialist für komplexe Transaktionen und Restrukturierungen. Er leitet Noerr Corporate und M+A Team. Prof. Dr. Pleister absolvierte die Journalistenschule Axel Springer, studierte Rechtswissenschaften an der Ludwig-Maximilians-Universität in München und arbeitete als wissenschaftlicher Mitarbeiter des Max-Planck-Instituts für Geistiges Eigentum, Wettbewerbs- und Steuerrecht. Er veröffentlicht und referiert regelmäßig zu den Themen Restrukturierung/Sanierung. Er wird regelmäßig als Leading Lawyer für Corporate, Restructuring & Insolvency und führender Experte für M&A und Media empfohlen.

Detlef Specovius:

Seit 1993 ist Rechtsanwalt Detlef Specovius, Fachanwalt für Insolvenzrecht, bei Schultze & Braun in den Bereichen Insolvenzverwaltung und Restrukturierung tätig, zunächst als Insolvenzverwalter, dann in der Sanierungsberatung mit der Entwicklung und Umsetzung von Insolvenzplänen sowie als Restrukturierer. Neben der Beratung in insolvenznahen Mandaten übernimmt er auch operative Verantwortung als Aufsichtsratsmitglied und Sanierungsgeschäftsführer (CRO), auch in der Eigenverwaltung von insolventen Unternehmen. Detlef Specovius verfügt über eine besondere Expertise im Bereich Schutzschirmverfahren im Rahmen von ESUG-Verfahren.

Dr. Ingo Theusinger:

Dr. Ingo Theusinger ist seit 2002 als zugelassener Rechtsanwalt tätig und seit 2014 Partner der internationalen Anwaltssozietät Noerr LLP am Standort Düsseldorf. Seine Tätigkeitsschwerpunkte liegen im Gesellschaftsrecht, insbesondere im Aktien- und Kapitalmarktrecht und dort auch an der Schnittstelle zum Insolvenzrecht. Er referiert und veröffentlicht regelmäßig zu den gesellschaftsrechtlichen Themen.

Prof. Dr. Christoph Thole:

Prof. Dr. Christoph Thole, Dipl.-Kfm. ist seit 2016 Direktor des Instituts für Verfahrensrecht und Insolvenzrecht sowie des Instituts für Internationales und Europäisches Insolvenzrecht an der Universität zu Köln. Zuvor war er seit 2010 Inhaber des Lehrstuhls für Bürgerliches Recht, Zivilprozessrecht, Europäisches und Internationales Privat- und Verfahrensrecht an der Eberhard Karls Universität Tübingen. Seine Habilitation erfolgte 2009 an der Universität Bonn mit einer Schrift zum „Gläubigerschutz durch Insolvenzrecht – Anfechtung und verwandte Regelungsinstrumente in der Unternehmensinsolvenz“. Seine Forschungsschwerpunkte liegen im deutschen und Europäischen Insolvenzrecht sowie im internationalen Zivilverfahrensrecht und im Haftungsrecht. Er ist durch zahlreiche Veröffentlichungen hervorgetreten und ist Autor in renommierten Kommentaren sowie ab der 8. Auflage Mitherausgeber des Heidelberger Kommentars zur InsO.

Dr. Sven-Holger Undritz:

Dr. iur. Sven-Holger Undritz ist Rechtsanwalt und Partner der internationalen Sozietät White & Case. Er ist als Jurist und graduiertes Betriebswirt auf dem Gebiet des Insolvenz- und Sanierungsrechts tätig. Im Rahmen seiner langjährigen Tätigkeit als Insolvenzverwalter hat Dr. Sven-Holger Undritz zahlreiche Gesellschaften durch die Insolvenz geführt. Bei einer Vielzahl von Unternehmen ist es ihm gelungen, diese im Rahmen des Insolvenzverfahrens zu sanieren. Zu den namhaften Insolvenzverfahren zählen der Schieder Möbel-Konzern, die internationale Solar-Gruppe Conergy AG, die Logistik-Gruppe Paul Günther AG sowie die Fluglinie HI Hamburg International. Darüber hinaus verfügt Dr. Sven-Holger Undritz über umfassende sanierungsrechtliche Kenntnisse, die er z. B. bei Insolvenzplangestaltungen und Unternehmenskäufen aus der Insolvenz einbringt. Dr. Sven-Holger Undritz schreibt regelmäßig über aktuelle insolvenzrechtliche Themen in der führenden Fach- und Wirtschaftspresse und referiert darüber vor juristischen Vereinigungen. Er wird laufend als führender Anwalt für Restrukturierung und Insolvenz von JUVE,

Chambers, IFLR und Best Lawyers ausgezeichnet. Er ist Mitglied des anerkannten Gravenbrucher Kreises, eines Zusammenschlusses überörtlich tätiger Insolvenzverwalter in Deutschland.

Dr. Lars Westpfahl:

Dr. Lars Westpfahl ist Rechtsanwalt und Partner im Hamburger Büro der internationalen Wirtschaftskanzlei Freshfields Bruckhaus Deringer LLP, deren Fachgruppe Restrukturierung/Insolvenz er leitet. Er ist Mitautor des RWS-Skripts Grenzüberschreitende Insolvenzen und Vorstandsmitglied der Gesellschaft für Restrukturierung TMA e.V. Er hat in jüngster Zeit verschiedene börsennotierte Unternehmen bei ihrer Restrukturierung vor und in der Insolvenz, Unternehmen bzw. deren Gesellschafter oder Kreditgeber bei der finanziellen Sanierung über ein englisches Scheme of Arrangement sowie Käufer beim Erwerb von Unternehmen aus der Insolvenz bzw. den Insolvenzverwalter beraten.

Dr. Christoph von Wilcken:

Rechtsanwalt Dr. Christoph von Wilcken ist seit 2009 bei Schultze & Braun im Bereich Restrukturierung, auch im internationalen Kontext, tätig. Besondere Schwerpunkte seiner Mandatsbearbeitung liegen in der Beratung zur Insolvenzvorbereitung, bei Finanzrestrukturierungen sowie zu Haftungsrisiken von Gesellschaftsorganen. Darüber hinaus verfügt Dr. Christoph von Wilcken über spezifische Expertise in der Beratung von internationalen Sachverhalten in Restrukturierung und Insolvenz von multinationalen Konzernen, sowohl im Zusammenhang mit britischem als auch US-amerikanischen Recht.

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Autorenverzeichnis	VII
Inhaltsverzeichnis	XV
Abkürzungsverzeichnis	XXXI
§ 1 Einleitung	1
I. Die Konzerninsolvenz und deren Bedeutung für die Praxis	1
II. Bislang unregelte Konzerninsolvenz im nationalen Recht	1
III. Gesetz zur Erleichterung der Bewältigung von Konzerninsolvenzen	2
IV. Internationaler Kontext	7
§ 2 Der Konzern im insolvenzrechtlichen Sinn	9
I. Der Begriff der Unternehmensgruppe und des Konzerns	10
II. Koordinierung versus Konsolidierung	22
§ 3 Der Konzern im Vorfeld der Insolvenz	27
I. Sanierungsfähigkeit des Konzerns	31
II. Voraussetzungen für die Eröffnung des Insolvenzverfahrens	44
III. Konzernspezifische Gefahren und besondere Probleme in der Krise einer Unternehmensgruppe	61
IV. Vorbereitung der Insolvenz und Sanierung eines Konzerns	75
§ 4 Der Konzern im Insolvenzverfahren	93
I. Verfahrensziele	101
II. Konzerngerichtsstand	108
III. Gläubigerbeteiligung – der Gläubigerausschuss in der Insolvenz	125
IV. Verwalterbestellung	145
V. Anordnung der Eigenverwaltung in der Konzerninsolvenz	167
VI. Koordination verschiedener Insolvenzverfahren über Gesellschaften eines Kon- zerns	176
VII. Insolvenzanfechtung im Konzern	225
VIII. Folgen der Insolvenz für den Konzern	242
IX. Betriebswirtschaftliche Aspekte der Konzerninsolvenz	253
X. Arbeitsrechtliche Aspekte der Konzerninsolvenz	266
§ 5 Sanierung eines Konzerns	275
I. Sanierung im Rahmen der Eigenverwaltung	278
II. Insolvenzplan/Masterplan	290
III. Koordinationsplan	299
IV. Übertragende Sanierung	314
§ 6 Steuerliche Aspekte der Konzerninsolvenz	321
I. Einleitung	322
II. Umsatzsteuerliche Organschaft	323
III. Ertragsteuerliche Organschaft	330
IV. Steuerhaftung	333
V. Besteuerung des Sanierungsertrags	338
§ 7 Strafrechtliche Aspekte der Konzerninsolvenz	343
I. Strafrechtliche Verantwortlichkeit im Konzern	344

Inhaltsübersicht

II. Die Untreuestrafbarkeit im Konzern	346
III. Insolvenzdelikte im Konzern	351
IV. Strafbarkeitsrisiken des Insolvenz- und Koordinierungsverwalters	352
§ 8 Internationales Konzerninsolvenzrecht	355
I. Der internationale Konzern	357
II. Probleme grenzüberschreitender Konzerninsolvenzen	359
III. Konzerninsolvenz im Geltungsbereich der EuInsVO 2000/2015	359
IV. Internationale Konzerninsolvenzen im Verhältnis zu Drittstaaten	391
V. UNCITRAL	404
§ 9 Die Insolvenz von Konzernen ausgewählter regulierter Branchen	411
I. Einleitung	411
II. Der Begriff des Bankkonzerns	413
III. Rechtsrahmen für die Krisenbewältigung von Bankkonzernen	422
IV. Internationale Sachverhalte	445
V. Ergebnis	449
VI. Versicherungskonzerninsolvenzrecht	450
Sachregister	455

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Autorenverzeichnis	VII
Inhaltsübersicht	XIII
Abkürzungsverzeichnis	XXXI
§ 1 Einleitung	1
I. Die Konzerninsolvenz und deren Bedeutung für die Praxis	1
II. Bislang unregelte Konzerninsolvenz im nationalen Recht	1
III. Gesetz zur Erleichterung der Bewältigung von Konzerninsolvenzen	2
1. Gruppen-Gerichtsstand, §§ 3a bis 3e InsO:	3
2. Einheitsverwalter, § 56b InsO:	4
3. Pflicht zur Kooperation, §§ 269a ff. InsO:	4
4. Koordinationsverfahren, §§ 269d ff. InsO:	5
IV. Internationaler Kontext	7
§ 2 Der Konzern im insolvenzrechtlichen Sinn	9
I. Der Begriff der Unternehmensgruppe und des Konzerns	10
1. Der Konzern als betriebswirtschaftliche Einheit	10
2. Phänotypik des Konzerns	11
a) Zentrale und dezentrale; horizontale und vertikale Konzernstrukturen	11
b) Funktionale Gliederung des Konzerns, Diversifizierungsgrad	11
3. Der Konzern im deutschen Recht als Rechtsbegriff	12
a) Verbundene Unternehmen und Konzernunternehmen	12
b) Konzern im aktienrechtlichen Sinne	12
c) Konzern im handelsrechtlichen Sinne	13
d) Unterscheidungsformen des Konzerns in rechtlicher Hinsicht	14
aa) Vertragskonzern und faktischer Konzern	14
bb) Gleichordnungs- und Unterordnungskonzern	15
4. Erweiterter insolvenzrechtlicher Begriff der Unternehmensgruppe, § 3e InsO	15
a) Anlehnung an § 290 HGB	15
b) Beschränkung auf Inland und Reichweite des § 3e InsO im Verhältnis zur EuInsVO	16
aa) Mittelpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit in Deutschland	16
bb) Unternehmensgruppe auch bei Vorhandensein einer Konzerngesellschaft im Ausland?	16
cc) Konzernmutter mit Mittelpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit im Ausland	17
c) Insolvenz aller Konzerngesellschaften nicht erforderlich	18
d) Rechtlich selbständige Unternehmen	18
e) Unmittelbare oder mittelbare Verbindung	19
f) Möglichkeit der Ausübung beherrschenden Einflusses, § 3e Nr. 1 InsO	19
g) Zusammenfassung unter einheitlicher Leitung, § 3e Nr. 2 InsO	20
h) GmbH & Co. KG (§ 3e Abs. 2 InsO)	20
i) Konzern im Konzern – mehrfache Konzernzugehörigkeit?	20
j) Maßgeblicher Zeitpunkt	21
5. Der Konzernbegriff nach Art 2 Nr. 13 und 14 EuInsVO	21

Inhaltsverzeichnis

II. Koordinierung versus Konsolidierung	22
1. Die unterschiedlichen Modelle eines Konzerninsolvenzverfahrens	22
a) Das Modell der materiellen Konsolidierung (substantive consolidation)	23
b) Das Modell der verfahrensmäßigen Koordinierung	23
c) Das Modell der verfahrensmäßigen Konsolidierung	23
2. Die Koordinierungsmodelle im Vergleich	24
a) Vor- und Nachteile der materiellen Konsolidierung	24
b) Vor- und Nachteile der verfahrensmäßigen Koordinierung nach der InsO	25
c) Vor- und Nachteile einer verfahrensmäßigen Konsolidierung	26
§ 3 Der Konzern im Vorfeld der Insolvenz	27
I. Sanierungsfähigkeit des Konzerns	31
1. Begriffliche Grundlagen	31
a) Krise und Sanierung in der Betriebswirtschaftslehre	31
b) Krise und Sanierung in der Rechtswissenschaft	33
aa) Krise	33
bb) Sanierungsfähigkeit	34
c) Der IDW Standard S 6	36
2. Der Konzern als Sanierungsobjekt	37
a) Rechtliche Relevanz der Verbundeffekte	38
aa) Leistungswirtschaftliche Verbundeffekte	38
bb) Administrative Verbundeffekte	39
cc) Finanzwirtschaftlich Verbundeffekte	39
dd) Haftungsrechtliche Verbundeffekte („Haftungsbrücken“)	40
b) Einzelgesellschaftliche (Rest-)pflichten und Restriktionen	42
II. Voraussetzungen für die Eröffnung des Insolvenzverfahrens	44
1. Einleitung	44
2. Zahlungsunfähigkeit	44
a) Begriff	44
aa) Stichtagsbezogene Geldilliquidität	45
bb) Zeitraumbezogene Abgrenzung zur Zahlungsstockung	47
b) Konzern	49
aa) Cash-Pooling	49
bb) Patronatserklärungen	52
3. Überschuldung	53
a) Begriff	54
b) Fortbestehensprognose	55
aa) Liquiditätsprognose	56
bb) Ertragsprognose	57
c) Liquidationsstatus	59
4. Drohende Zahlungsunfähigkeit	61
III. Konzernspezifische Gefahren und besondere Probleme in der Krise einer Unternehmensgruppe	61
1. Der sogenannte Dominoeffekt als spezielles Konzernphänomen	61
2. Den Dominoeffekt auslösende Konzernkonstellationen	66
a) Konzernspezifische Gefahren im Vertragskonzern	66
b) Konzernspezifische Gefahren im faktischen Konzern	69
c) Weitere konzernspezifische Gefahren	71
IV. Vorbereitung der Insolvenz und Sanierung eines Konzerns	75
1. Entscheidung über die Art des Verfahrens	75
2. Ansprache der zuständigen Insolvenzgerichte	76

Inhaltsverzeichnis

3. Vorbereitung der Insolvenzgeldvorfinanzierung	76
a) Allgemein	76
b) Vorfinanzierungsverfahren	77
4. Organisation eines vorläufigen Gläubigerausschusses	77
5. Entscheidung über die Bestellung eines Chief Restructuring Officers (CRO)	77
a) Allgemein	77
b) Rechtliche Gestaltung	78
6. Einleitung von M&A-Prozessen	78
a) Allgemein	78
b) Vermeidung von Haftungsrisiken	79
7. Prüfung von Interessenkonflikten	79
8. Auflösung von Cash-Pool-Systemen	80
9. Beendigung von Unternehmensverträgen	81
10. Sicherstellung der Konzerninnenfinanzierung	81
a) Massekredit	81
b) Debtor-In-Possession-Financing	82
c) Debt-Buy-Backs innerhalb des Konzerns	82
11. Vorbereitung gesellschafts- und umwandlungsrechtlicher Maßnahmen	82
12. Vermeidung strafrechtlicher Risiken	83
13. Vorbereitung der Krisenkommunikation	84
a) Krisenkommunikationsstab	84
b) Krisenkommunikationsstrategie	85
aa) Zielgruppen	85
bb) Kommunikationsbotschaften	86
cc) Kommunikationsmaßnahmen	86
dd) Zeitplanung	86
ee) Evaluierung	87
c) Weitere Tätigkeiten zur Vorbereitung der Krisenkommunikation	87
d) Besonderheiten der Krisenkommunikation für Konzerne	87
aa) Allgemein	87
bb) Investor Relations im Krisenfall	88
cc) Internationale Konzerne	91
§ 4 Der Konzern im Insolvenzverfahren	93
I. Verfahrensziele	101
1. Gläubigerbefriedigung	101
2. Unternehmenserhalt	102
3. Erhalt der Konzernstrukturen	103
4. Schuldnerschutz	104
5. Schuldnerschutz versus Gläubigerinteressen	105
6. Volkswirtschaftliche und soziale Aspekte	106
7. Ordnungsfunktion	107
II. Konzerngerichtsstand	108
1. Einführung des Gruppen-Gerichtsstandes	108
a) Lösungsansätze in der Literatur	109
aa) Massekonsolidierung	109
bb) Prorogation	110
cc) Wahlgerichtsstand	110
dd) Prioritätsgrundsatz	111
ee) Sitz der Muttergesellschaft	111
ff) Sitz- und Verweisungslösung	112
gg) Verfahrenskonsolidierung	112

Inhaltsverzeichnis

b) Konzerninsolvenzen in der bisherigen Praxis	113
c) Gesetzgebungsverfahren	114
2. Regelungen zum Gruppen-Gerichtsstand	115
a) Überblick	115
b) Die Regelungen zum Konzerngerichtsstand	116
aa) Die Begründung des Gruppen-Gerichtsstandes	117
bb) Fortbestehen des Gruppen-Gerichtsstandes	121
cc) Verweisung an das Gericht des Gruppen-Gerichtsstandes	122
dd) Zuständiger Richter und Gerichtskonzentration	122
ee) Inhaltliche Anforderungen an den Antrag	123
c) Zwischengerichtliche Kooperation; Koordinationsgericht	124
d) Eigenverwaltung	125
III. Gläubigerbeteiligung – der Gläubigerausschuss in der Insolvenz	125
1. Einleitung	125
2. Einsetzung eines Gruppen-Gläubigerausschusses	126
a) Antrag	126
aa) Zuständigkeit, Form und Frist	127
bb) Vorschläge zur Person des Vertreters	127
b) Anhörung	127
c) Ermessen	128
d) Nicht offensichtlich untergeordnete Bedeutung für die gesamte Unternehmensgruppe	128
e) Besetzung des Gruppen-Gläubigerausschusses	129
aa) Größe	129
bb) Mitglieder	130
f) Einfluss der Gläubigerversammlungen auf die Beteiligung im Gruppen- Gläubigerausschuss	132
g) Änderung maßgeblicher Umstände	132
h) Rechtsmittel	133
3. Aufgaben, Rechte und Pflichten des Gruppen-Gläubigerausschusses	133
a) Unterstützung der Insolvenzverwalter/Gläubigerausschüsse	134
b) Einleitung des Koordinationsverfahrens	134
c) Bestimmung der Person des Verfahrenskoordinators	134
d) Zustimmung zum Koordinationsplan	135
e) Kooperationspflichten	135
f) Verhältnis Gruppen-Gläubigerausschuss – Gläubigerausschüsse	136
4. Organisation des Gruppen-Gläubigerausschusses	137
a) Ladung zur Sitzung	137
aa) konstituierende Sitzung	137
bb) regelmäßige Sitzungen	137
b) Ladungsfrist	138
c) Beschlussfassung	138
d) Verschwiegenheitspflicht	139
e) Interessenkollision	139
f) Protokoll	140
5. Entlassung aus dem Gruppen-Gläubigerausschuss	140
6. Vergütung der Mitglieder des Gruppen-Gläubigerausschusses	141
7. Gläubigerausschüsse im internationalen Konzerninsolvenzrecht	142
8. Musterantrag auf Einsetzung eines Gruppen-Gläubigerausschusses	142
9. Merkblatt für den Gruppen-Gläubigerausschuss	143
10. Mustergeschäftsordnung	144
IV. Verwalterbestellung	145
1. Kommunikation zwischen den Verfahrensbeteiligten	145

Inhaltsverzeichnis

a) Kommunikation zwischen Konzernleitung und Gläubigern	146
b) Kommunikation zwischen Konzernleitung und dem Insolvenzgericht	147
aa) Vorbesprechungen mit dem Insolvenzgericht	147
bb) Praktische Probleme und richterliche Unabhängigkeit	149
c) Einflussmöglichkeiten der Gläubiger	150
aa) Anhörungsrecht des (vorläufigen) Gläubigerausschusses bei der Verwalterbestellung	150
bb) Keine vorherige Anhörung durch das Insolvenzgericht	151
cc) Vorschlagsrecht des (vorläufigen) Gläubigerausschusses bei der Verwalterbestellung	151
dd) Abweichung von einstimmigem Vorschlag wegen Ungeeignetheit	151
ee) Abweichung von einstimmigem Vorschlag gem. § 56b Abs. 2 InsO	152
ff) Handlungsoptionen bei Nichtberücksichtigung von Gläubigerinteressen – Nichteinsetzung eines vorläufigen Gläubigerausschusses	152
gg) Handlungsoptionen der Gläubiger bei drohender unabgestimmter Insolvenzantragstellung	153
d) Weitere ESUG-Aspekte	155
2. Einheitsverwalter	156
a) Regel-/Ausnahme-Verhältnis?	156
b) Besonderheiten bei Insolvenzantragstellung	157
c) Abstimmung der Gerichte über die Person des Einheitsverwalters	157
d) Mögliche Interessenkonflikte	158
3. Sonderinsolvenzverwalter	159
a) Lösung von Interessenkonflikten durch Bestellung eines Sonderinsolvenzverwalters	159
b) Aufgaben	160
c) Rechtsstellung	160
d) Bestellung	161
aa) Antragsrecht der Gläubigerversammlung/Gläubigerausschuss	162
bb) Anregungsrecht einzelner Gläubiger, des Schuldners, des Insolvenzverwalters	162
cc) Rechtsmittel	163
e) Haftung	163
f) Vergütung	163
g) Der einheitliche Sonderinsolvenzverwalter	164
h) Vorlagen	165
4. Mehrheit von Verwaltern	167
V. Anordnung der Eigenverwaltung in der Konzerninsolvenz	167
1. Einleitung	167
2. Die Anordnung der Eigenverwaltung als Chance für Konzerne	168
3. Erhalt des Konzernverbundes mithilfe der Eigenverwaltung	169
4. Besonderheiten bei der Anordnung der Eigenverwaltung im Konzern, § 270 InsO	170
a) Besonderheiten bei der Antragstellung	170
aa) Antrag des Schuldners, § 270 Abs. 2 Nr. 1 InsO	171
bb) Insolvenz- und Eigenverwaltungsantrag nur für Konzernmutter ..	171
cc) Einheitliche Eigenverwaltung in allen insolventen Konzerngesellschaften	174
b) Keine Nachteile für die Gläubiger, § 270 Abs. 2 Nr. 2 InsO	174
c) Stellungnahme des vorläufigen Gläubigerausschusses, § 270 Abs. 3 InsO	174

Inhaltsverzeichnis

5. Vorläufige Eigenverwaltung und Schutzschirmverfahren	175
a) Anordnung der vorläufigen Eigenverwaltung gem § 270a InsO	175
b) Anordnung des Schutzschirmverfahrens gem § 270b InsO	175
VI. Koordination verschiedener Insolvenzverfahren über Gesellschaften eines Konzerns	176
1. Einleitung	176
a) Vielfalt und Einheit im Konzernunternehmen	176
b) Parallele Insolvenzverfahren im Konzern	177
c) Erhalt des Verbundwertes durch Verfahrenskoordination	178
d) Formelles Koordinationsrecht	179
2. Bisherige Rahmenbedingungen und Koordinationshindernisse	182
a) Keine Konsolidierung von Vermögensmassen im Konzern nach deutschem und europäischem Recht	182
aa) Keine Konsolidierungsvorgaben in der InsO	182
bb) Keine Konsolidierungsvorgaben in der EuInsVO	183
b) Keine gemeinsame Verwaltung mehrerer Schuldner innerhalb eines Insolvenzverfahrens nach deutschem und europäischem Recht	184
aa) Eingeschränkte Möglichkeit zur Bündelung nach §§ 4 InsO, 147 ZPO	184
bb) Keine gemeinsame Verwaltung gemäß EuInsVO	184
c) Keine gesetzliche Konzentration der beteiligten Insolvenzverfahren bei einem Konzerngerichtsstand nach überkommenem Recht	185
aa) Kein insolvenzrechtlicher Konzerngerichtsstand	185
bb) Prozessökonomische Erwartungen an den Konzerngerichtsstand	186
d) Kein gesetzlich zwingender einheitlicher „Konzerninsolvenzverwalter“	187
aa) Bedürfnis einer einheitlichen Insolvenzverwaltung durch den Konzerninsolvenzverwalter	187
bb) Auftreten von Interessenkonflikten	189
cc) Bestellung von Sonderinsolvenzverwaltern	191
e) Keine einheitliche Besetzung der Gläubigerausschüsse im Konzern und Koordination der Überwachungsaufgaben	192
3. Gesetzliche und vertragliche Koordinationsinstrumente in der Konzerninsolvenz	193
a) Zusammenarbeit der Insolvenzgerichte bei nationalen und internationalen Konzerninsolvenzen	193
aa) Zusammenarbeit der Insolvenzgerichte bei der konkreten örtlichen und funktionellen Zuständigkeitsermittlung nach der EuInsVO 2015	193
bb) Veröffentlichung von Verfahrensinformationen	194
cc) Informationsrechte und Informationspflichten	195
dd) Koordiniertes Vorgehen bei einheitlicher Verwalterbestellung und Auswahl von Sonderinsolvenzverwaltern	197
ee) Abstimmung bei der Durchführung von Gläubigerversammlungen	198
ff) Zusammenarbeit bei Durchführung des Insolvenzplanverfahrens	199
gg) Schaffung eines institutionellen Rahmens für koordiniertes Vorgehen der beteiligten Insolvenzgerichte	200
b) Zusammenarbeit der im Konzern bestellten Insolvenzverwalter	200
aa) Einleitung	200
bb) Ausgangslage:	202
cc) Gegenstände der Koordination der Insolvenzverwalter	203
dd) Schaffung eines institutionellen Rahmens für Koordinationen	206
ee) Einbeziehung von Gläubigerausschuss und Gläubigerversammlung	208
ff) Zusammenarbeit mit dem Verfahrenskordinator	210

Inhaltsverzeichnis

gg) Bericht der Insolvenzverwalter gegenüber dem Insolvenzgericht über Koordinationshandlungen	210
c) Zusammenarbeit der beteiligten (vorläufigen) Gläubigerausschüsse	211
aa) Besetzung der Gläubigerausschüsse im Konzern	211
bb) Koordination der Sitzungen der Gläubigerausschüsse	211
cc) Umgang mit Interessenkonflikten	212
dd) Auswechslung und Abberufung von Ausschussmitgliedern	212
ee) Einfluss der vorläufigen Gläubigerausschüsse auf die Auswahl und Bestellung der/des Insolvenzverwalter(s)	213
4. Koordinationsverfahren, Verfahrenskoordinator, Eigenkoordination durch den Schuldner	213
a) Einführung	213
b) Einleitung des Verfahrens durch das Koordinationsgericht	214
c) Verfahrenskoordinator	216
aa) Bestellung	216
bb) Aufgaben und Rechtsstellung	217
d) Gruppen-Gläubigerausschuss	219
e) Abgestimmte Insolvenzverwaltung mittels Koordinationsplan	220
aa) Aufstellung	220
bb) Rechtsnatur und Inhalt	220
cc) Musterkoordinationsplan	222
f) Koordinierung durch Insolvenzverwalterverträge	224
VII. Insolvenzanfechtung im Konzern	225
1. Einführung	225
2. Anwendbare Regelungen	226
a) Anfechtungstatbestände	226
b) Weitere Haftungsansprüche	226
3. Selbständigkeit der Anfechtungsansprüche	227
4. Anfechtung der Rechtshandlungen der Tochtergesellschaften durch den Verwalter der Mutter?	227
a) Zurechnung der Rechtshandlungen der Tochtergesellschaften an die Mutter?	228
b) Benachteiligung der Gläubiger der Mutter wegen Schmälerung des Beteiligungswerts	229
5. Anfechtbare Rechtshandlungen im Insolvenzverfahren über das Vermögen der Tochtergesellschaft (upstream-Situation)	229
a) Tochter gewährt der Mutter ein Darlehen oder sonstige Leistungen ...	229
b) Tochter lässt das der Mutter gewährte Darlehen stehen	230
c) Tochter gewährt anderen Konzerngesellschaften ein Darlehen oder eine sonstige Leistung auf Veranlassung der Mutter	231
d) Tochter tilgt eine eigene Schuld gegenüber der Mutter (Tilgung eigener Schuld)	231
e) Tochter tilgt eine Schuld der Mutter gegenüber Dritten (Tilgung fremder Schuld)	231
f) Tochter besichert eine eigene Verbindlichkeit gegenüber der Mutter (Besicherung eigener Schuld)	232
g) Tochter besichert eine Verbindlichkeit der Mutter gegenüber Dritten (Besicherung fremder Schuld)	233
6. Anfechtbare Rechtshandlungen im Insolvenzverfahren über das Vermögen der Muttergesellschaft (downstream-Situation)	235
a) Mutter gewährt der Tochter ein Darlehen oder sonstige Leistungen ...	235
b) Mutter lässt das der Tochter gewährte Darlehen stehen	235

Inhaltsverzeichnis

c) Mutter tilgt eine eigene Schuld gegenüber der Tochter (Tilgung eigener Schuld)	237
d) Mutter tilgt eine Schuld der Tochter gegenüber Dritten	237
e) Mutter besichert eine eigene Schuld gegenüber Tochter	237
f) Mutter besichert eine Schuld der Tochter gegenüber Dritten (Besicherung fremder Schuld)	237
7. Anfechtbare Rechtshandlungen im Verhältnis von Schwestergesellschaften (crossstream-Situation)	237
a) Schwestergesellschaften als Dritte bei § 39 Abs. 1 Nr. 5 und § 135 InsO	238
aa) Urteil des II. Zivilsenats vom 5.5.2008	238
bb) Urteil des IX. Zivilsenats vom 17.2.2011	238
b) Nahestehende Personen bei §§ 138 iVm § 130 Abs. 3, 131 Abs. 2 S. 2, 132 Abs. 2, 133 Abs. 2	239
8. Anfechtung bei Cash-Pooling	239
a) Zahlung über das Zielkonto an Dritte	239
b) Zahlungsströme im Konzernverbund	240
c) Anfechtung gegenüber der das Zielkonto führenden Kreditinstitut	241
9. Verzicht auf Anfechtungsansprüche im Koordinationsplan nach § 269h Abs. 2 Nr. 2 InsO	241
10. Anwendbares Anfechtungsrecht in der multinationalen Konzerninsolvenz, Art 7, 16 EuInsVO	242
VIII. Folgen der Insolvenz für den Konzern	242
1. Konzernverrechnungsklauseln und Konzern-Netting und Clearing	242
2. Folgen der Insolvenz für die verschiedenen Konzerntypen	243
a) Auswirkungen auf Vertragskonzerne	244
aa) Insolvenzverfahren	245
bb) Eröffnungsverfahren	248
cc) Eigenverwaltung	249
dd) Exkurs:	249
b) Auswirkungen auf faktische Konzernverhältnisse	250
aa) Insolvenzverfahren	251
bb) Insolvenzeröffnungsverfahren	253
cc) Eigenverwaltung	253
IX. Betriebswirtschaftliche Aspekte der Konzerninsolvenz	253
1. Leistungswirtschaftliche Aspekte	253
a) Wertschöpfungsorientierte Konzernbetrachtung	253
aa) Wertschöpfung	253
bb) Wertschöpfungskette	254
b) Innerbetriebliche Leistungsbeziehungen und Verrechnungspreise	255
aa) Verfahren zur Quantifizierung von Wertschöpfungsprozessen	255
bb) Verrechnungspreise	256
2. Finanzwirtschaftliche Aspekte	257
a) Besonderheiten bei Cash-Pooling	257
b) Integrierte Konzernplanungsrechnung	258
c) Upstream- und Downstream-Finanzierungen	258
d) Massendarlehen	259
aa) Echtes Massendarlehen	259
bb) Unechtes Massendarlehen	261
3. Organisatorische Aspekte	263
a) Die funktionale Organisation und Fragen der (De-) Zentralisation von Kernfunktionen in der Konzerninsolvenz	263
aa) Die dezentrale funktionale Organisation	263
b) Die zentrale funktionale Organisation	264

Inhaltsverzeichnis

4. Kaufpreisallokation in der Konzerninsolvenz	264
a) Unternehmensbewertung nach IdW S 1	265
b) Steuerliche Bewertungsverfahren	265
c) Vergleichswertverfahren	266
X. Arbeitsrechtliche Aspekte der Konzerninsolvenz	266
1. Einführung	266
2. Individualarbeitsrecht	266
a) Konzernweites Direktionsrecht/konzerninterne Arbeitnehmerüberlassung	267
b) Konzerndimensionaler Kündigungsschutz	267
c) Konzerndimensionale Vergütungselemente	267
d) Haftung der Konzernmutter	268
3. Betriebsverfassungsrecht	269
a) Der Konzernbegriff des BetrVG	269
b) Betriebsverfassungsrechtliche Arbeitnehmervertretungen auf Konzernebene	269
c) Fortbestand von Konzernbetriebsvereinbarungen	270
d) Betriebsrätliche Beteiligungsrechte in der Konzerninsolvenz	270
e) Schicksal und Beteiligung „europäischer“ Arbeitnehmervertretungen	272
4. Tarifrecht	272
5. Besonderheiten der betrieblichen Altersversorgung	273
§ 5 Sanierung eines Konzerns	275
I. Sanierung im Rahmen der Eigenverwaltung	278
1. Voraussetzungen der Sanierung in Eigenverwaltung	279
2. Auswirkungen auf die eigenverwaltende Konzerngesellschaft	279
a) Geschäftsleitung	280
b) Sachwalter	282
c) Gesellschafter und Aufsichtsrat	283
d) Gläubiger	284
3. Auswirkungen auf die Konzernstruktur	284
4. Koordinierung der Verfahren und Kooperation	285
a) Verfahrenskoordination	286
b) Koordinationsmechanismen	287
c) Kooperationspflichten	289
II. Insolvenzplan/Masterplan	290
1. Gestaltungsmöglichkeiten im Konzern	291
a) Planerstellung aufgrund allgemeiner Koordinationspflichten	291
b) Planerstellung durch denselben Insolvenzverwalter	292
c) Planerstellung auf Grundlage von Verwaltervereinbarungen („protocols“)	293
d) Ausrichtung der untergeordneten Insolvenzpläne am Masterplan	293
e) Koordinationsplan im Koordinationsverfahren	294
f) Keine Konsolidierung der Insolvenzmassen oder -verfahren	295
2. Insolvenzplan	295
a) Aufstellung des Insolvenzplans/Vorlagerecht	296
b) Ausgestaltung des Insolvenzplans	296
aa) Darstellender Teil	297
bb) Gestaltender Teil	297
3. Masterplan	297
III. Koordinationsplan	299
1. Funktion	299

Inhaltsverzeichnis

2. Zulässiger Inhalt	300
a) Darstellung und Analyse der Konzernlage	300
b) Sanierungs-Koordinationsplan (§ 269h Abs. 2 Satz 2 Nr. 1)	300
aa) Entwicklung eines neuen Konzernleitbilds	301
bb) Beschreibung der notwendigen Sanierungsmaßnahmen	301
cc) Verwaltungskordinationsplan (§ 269h Abs. 2 Satz 2 Nr. 2 und 3)	302
dd) Liquidations-Koordinationsplan	303
ee) Vergütungsregelung?	303
3. Planverfahren	304
a) Planinitiative	304
b) Planannahme durch den Gruppen-Gläubigerausschuss	305
c) Planbestätigung oder -zurückweisung durch das Koordinationsgericht	306
4. Planwirkungen	307
a) unmittelbare	307
b) mittelbare	307
aa) Berichts- und Erläuterungspflicht	307
bb) Pflicht zur begründeten Stellungnahme	308
cc) Unterstützungspflicht bei Auftrag der Gläubiger	309
c) Verwalterhaftung bei Verletzung der konkretisierten Kooperationspflicht	310
5. Rechtsnatur des Koordinationsplans	311
6. Alternativen zur Sanierung mittels Koordinationsplans	311
a) Kein Konzerninsolvenzplan	312
b) Sanierung ohne Koordinationsverfahren	313
IV. Übertragende Sanierung	314
1. Begriffsbestimmung „sanierende Übertragung“	314
a) „Sanierende Übertragung“ im Wege eines asset deals	314
b) „Sanierende Übertragung“ im Wege eines share deals	314
c) Bedeutung und Vorteile der „sanierenden Übertragung“	315
2. Beendigung des Konzernverbundes	315
3. Neukonstituierung des Konzerns in der Hand des Investors	316
a) Keine Auflösung des alten Konzernverbundes beim asset deal	316
b) Neukonstituierung vor der Unternehmensübertragung	316
c) Umstrukturierung der Personalstruktur	317
d) Besonderheit: Übertragung einer Tochtergesellschaft als asset	317
e) Exkurs: Konzerninterne Neukonstituierung	318
4. Kombination von übertragender Sanierung und Insolvenzplan bei Verkauf des Konzernunternehmens	318
a) Vorteile der übertragenden Sanierung im Insolvenzplanverfahren	318
b) Nachteile der übertragenden Sanierung im Insolvenzplanverfahren	319
5. Vertragsgestaltung	319
§ 6 Steuerliche Aspekte der Konzerninsolvenz	321
I. Einleitung	322
II. Umsatzsteuerliche Organschaft	323
1. Das Wesen der umsatzsteuerlichen Organschaft	323
2. Beendigung der umsatzsteuerlichen Organschaft mit dem (vorläufigen) Insolvenzverfahren.	324
a) Eröffnung des Regel- oder Eigenverwaltungsverfahrens	324
b) Vorläufiges Regelinsolvenzverfahren	325
c) Vorläufiges Eigenverwaltungsverfahren	326
d) Folgen der Beendigung der umsatzsteuerlichen Organschaft	327
aa) (Vorläufiges) Regelinsolvenzverfahren	327

Inhaltsverzeichnis

bb) (Vorläufiges) Eigenverwaltungserfahren	327
cc) Insolvenzzrechtliche Qualifikation der Umsatzsteuer	328
III. Ertragsteuerliche Organschaft	330
1. Das Wesen der ertragsteuerlichen Organschaft	330
2. Beendigung der ertragsteuerlichen Organschaft mit dem (vorläufigen) Insolvenzverfahren	331
3. Folgen der Beendigung der ertragsteuerlichen Organschaft	333
IV. Steuerhaftung	333
1. Steuerhaftung gemäß § 69 AO im vorläufigen Insolvenzverfahren	334
a) Vorläufiges Regelinsolvenzverfahren	334
b) Vorläufiges Eigenverwaltungsverfahren	334
2. § 73 AO	336
3. § 74 AO	337
V. Besteuerung des Sanierungsertrags	338
1. Allgemeines	338
2. Grundstruktur der gesetzlichen Neuregelung	338
3. Besonderheiten bei ertragsteuerlichen Organschaften	340
§ 7 Strafrechtliche Aspekte der Konzerninsolvenz	343
I. Strafrechtliche Verantwortlichkeit im Konzern	344
1. Die strafrechtliche Verantwortlichkeit	344
a) Aktives Tun und Zurechnung	344
b) Verantwortlichkeit bei Unterlassen	344
c) Verantwortlichkeit im Konzern	345
2. Geschäftsverteilung und Delegation	345
3. Faktische Betrachtungsweise	346
II. Die Untreuestrafbarkeit im Konzern	346
1. Vermögensbetreuungspflicht	346
2. Pflichtverletzung	347
a) Verletzung einer Vermögensbetreuungspflicht	347
b) Einwilligung des Vermögensträgers	347
3. Nachteil	348
4. Besondere Risikosituationen	349
a) Cash Pool	349
b) Gewährung von Sicherheiten	350
c) Rückzahlung von Gesellschafterforderungen und eigenkapitalersetzende Leistungen	350
d) Sanierungskredite	350
III. Insolvenzdelikte im Konzern	351
1. Insolvenzverschleppung	351
2. Bankrott	351
3. Gläubigerbegünstigung	352
IV. Strafbarkeitsrisiken des Insolvenz- und Koordinierungsverwalters	352
§ 8 Internationales Konzerninsolvenzrecht	355
I. Der internationale Konzern	357
II. Probleme grenzüberschreitender Konzerninsolvenzen	359
III. Konzerninsolvenz im Geltungsbereich der EuInsVO 2000/2015	359
1. Rechtsrahmen der Europäischen Konzerninsolvenz	360
a) Anwendungsbereich der EuInsVO 2000/2015	360
aa) Persönlich	360
bb) Räumlich	361
cc) Sachlich	362
dd) Zeitlich	363

Inhaltsverzeichnis

b) Grundsatz der (modifizierten) Universalität nach der EuInsVO 2000/2015	363
aa) Automatische Anerkennung und Wirkungserstreckung	363
bb) Einheitliche europäische Kollisionsnorm für das Insolvenzrecht ...	364
cc) Einheitliche Zuständigkeitsregel („COMI-Konzept“)	365
dd) Modifikationen der Universalität des Hauptverfahrens	371
2. Koordination grenzüberschreitender Betriebsfortführung und Verwertung	374
a) Haupt- und Sekundärinsolvenzverfahren	374
aa) Eröffnung eines Sekundärinsolvenzverfahrens	374
bb) Wirkung der Eröffnung des Sekundärinsolvenzverfahrens	375
cc) Vermeidung eines Sekundärinsolvenzverfahrens durch „Zusicherung“ nach Art 36 EuInsVO 2015	376
dd) Koordination von Haupt- und Sekundärinsolvenzverfahren	378
ee) Koordination durch Eigenverwaltung im Sekundärinsolvenzverfahren?	380
b) Mehrere Hauptinsolvenzverfahren	381
3. Das neue Europäische Konzerninsolvenzrecht der EuInsVO 2015	382
a) Historie der EuInsVO 2015	382
b) Die Unternehmensgruppe als Regelungsgegenstand der EuInsVO 2015	384
c) Zusammenarbeit und Kommunikation der Verwalter (Art 56 EuInsVO 2015)	384
d) Zusammenarbeit und Kommunikation der Gerichte (Art 57 EuInsVO 2015)	385
e) Zusammenarbeit und Kommunikation zwischen Verwaltern und Gerichten (Art 58 EuInsVO 2015)	386
f) Befugnisse der Verwalter und Aussetzung der Verfahren (Art 60 EuInsVO 2015)	386
g) „Gruppen-Koordinationsverfahren“	387
aa) Ziel des Gruppen-Koordinationsverfahren	387
bb) Antrag auf Durchführung eines Gruppen- Koordinationsverfahrens	388
cc) Der Koordinationsverwalter	389
dd) Eintritt in das Gruppen-Koordinationsverfahren	389
ee) Positiver Kompetenzkonflikt und Zuständigkeitswahl	390
IV. Internationale Konzerninsolvenzen im Verhältnis zu Drittstaaten	391
1. Überblick	391
2. Zuständigkeitsfragen	392
a) Überblick	392
b) Vorrangige Anwendung der EuInsVO	392
aa) Anwendungsbereich der EuInsVO	392
bb) Internationale Zuständigkeit nach der EuInsVO	393
c) Internationale Zuständigkeit nach dem autonomen deutschen Recht ..	394
aa) Internationale Zuständigkeit für Hauptinsolvenzverfahren	394
bb) Internationale Zuständigkeit für Partikularverfahren	395
3. Anerkennung ausländischer Verfahren	396
a) Überblick	396
b) Anerkennung von ausländischen Hauptinsolvenzverfahren nach Maßgabe von § 343 InsO	396
aa) Inhalt und der Gegenstand Anerkennung	396
bb) Vorliegen eines „Insolvenzverfahrens“	397
cc) Fälle der Nichtanerkennung	397
c) Anerkennung von deutschen Insolvenzverfahren in Drittstaaten	400

Inhaltsverzeichnis

4. Koordination von Verfahren	401
a) Überblick	401
b) Keine Verfahrenskoordination ohne wechselseitige Anerkennung	401
c) Rechtsregeln für die grenzüberschreitende Koordinierung von Verfahren	401
aa) Anwendbares Recht	401
bb) Insolvenzpläne; Eigenverwaltung	402
cc) Insolvenzverwalterverträge und protocols	402
V. UNCITRAL	404
1. Model Law on Cross-Border Insolvency	404
2. Practice Guide on Cross-Border Insolvency Cooperation	405
3. Legislative Guide on Insolvency Law	406
4. Legislative Guide on Insolvency Law – Part three: Treatment of enterprise groups in insolvency	406
a) Glossar	406
b) Empfehlungen	406
aa) Gemeinsamer Insolvenzantrag	407
bb) Koordination der Insolvenzverfahren	407
cc) Finanzierungsmöglichkeiten in der Insolvenz	407
dd) Insolvenzanfechtung	408
ee) Materielle Zusammenfassung der Insolvenzverfahren	408
ff) Koordination der Insolvenzverwaltung	409
gg) Insolvenzplan	409
hh) Internationales Konzerninsolvenzrecht	410
§ 9 Die Insolvenz von Konzernen ausgewählter regulierter Branchen	411
I. Einleitung	411
II. Der Begriff des Bankkonzerns	413
1. Eigenständigkeit der Begriffsbildung gegenüber dem Konzernrecht	413
2. Zusammenhang mit dem Aufsichtsrecht	413
a) Prinzip der Konsolidierung	414
b) Rechtsgrundlagen der Konsolidierung	415
c) Durchführung der Konsolidierung	416
d) Fortbestehen der Aufsicht auf Einzelbasis und Freistellung	416
e) Die Bestimmung des übergeordneten Unternehmens	417
3. Die verschiedenen Arten von Bankkonzernen	417
a) Institutsgruppen	417
b) Finanzholding-Gruppen	418
c) Finanzkonglomerate	418
d) Gemischte Finanzholding-Gruppen	419
e) Unterkonsolidierte Unternehmen	420
4. Sonderfälle	420
5. Besonderer Anwendungsbereich des deutschen Rechts	421
a) Einschränkungen	421
b) Ausweitung	422
III. Rechtsrahmen für die Krisenbewältigung von Bankkonzernen	422
1. Allgemeines: Ziel und Rechtsgrundlagen	422
2. Sanierungs- und Reorganisationsverfahren nach dem KredReorgG	424
3. Aufsichtliche Gefahrenabwehr	425
a) Gefahrenabwehr nach dem KWG	425
aa) Berichtspflichten	425
bb) Maßnahmen bei Nichteinhaltung der Kapitalanforderungen	425
cc) Bestellung eines Sonderbeauftragten	426

Inhaltsverzeichnis

dd) Befugnisse bei Gefahr der Nichterfüllung von Verpflichtungen . . .	426
ee) Anwendung auf Konzerne	426
b) Maßnahmen nach der SSM-VO	427
4. Gefahrenabwehr nach SRM-VO und SAG: Sanierung- und Frühintervention	427
a) Sanierungsplanung	428
b) Frühintervention einschließlich Sanierung und gruppeninterne Unterstützung	428
aa) Relevanter Zeitpunkt und zuständige Behörde	428
bb) Inhalt	429
cc) Sanierung	429
dd) Gruppeninterne finanzielle Unterstützung	429
5. Rolle des Abwicklungsrechts	430
6. Abwicklung nach europäischen Regeln (SRM-VO)	431
a) Institutionell-organisatorische Aspekte, Rechtsgrundlagen und Zuständigkeiten im SRM	431
b) Aufgabenverteilung im SRM	431
c) Vollzug	432
d) Vorbereitung der Abwicklung	433
aa) Abwicklungsplanung	433
bb) Abwicklungsfähigkeit	433
e) Voraussetzungen für die Abwicklung	434
aa) Bestandsgefährdung/ bestandsgefährdungsgleiche Lage	434
bb) Keine anderweitige Abwendung der Bestandsgefährdung möglich .	436
cc) Vorliegen eines besonderen öffentlichen Interesses an der Abwicklung	436
dd) Vorlage eines Abwicklungskonzepts	437
ee) Anwendung auf Bank- und Finanzkonzerne	437
f) Abwicklungsinstrumente	438
aa) Überblick	438
bb) Instrument des Bail-in	438
cc) Übertragung zugunsten von Brückeninstituten oder privaten Investoren	440
dd) Übertragung auf eine Vermögensverwaltungsgesellschaft	440
ee) Schutz von Rechtsverhältnissen	441
7. Abwicklung nach dem SAG	441
a) Abwicklung einzelner Institute	441
b) Abwicklung von Banken- und Finanzgruppen	442
8. Krisenbewältigung durch Insolvenzverfahren	443
a) Eröffnung des Insolvenzverfahrens, § 46b KWG	443
b) Weitere Abweichungen vom allgemeinen Insolvenzrecht	444
IV. Internationale Sachverhalte	445
1. Konflikt mit dem Internationalen Privatrecht	445
a) Problembeschreibung	445
b) Ausweichen durch vertragliche Klauseln	445
2. Lösungen des geltenden Rechts	446
a) Innereuropäische Sachverhalte	446
aa) Bankenliquidationsrichtlinie	446
bb) BRRD und SAG	446
b) Sachverhalte mit Drittstaatenbezug	447
c) Internationale Gruppensanierung und –abwicklung	447
aa) Planungsphase	447
bb) Zuständigkeit	447

Inhaltsverzeichnis

cc) Verfahren	448
dd) Bewertung	449
V. Ergebnis	449
VI. Versicherungskonzerninsolvenzrecht	450
1. Grundlagen	450
a) Die Notwendigkeit besonderer Regelungen für Versicherungskonzerne	450
b) Rechtsgrundlagen	450
c) Beaufsichtigung von Versicherungskonzernen	450
aa) Solo-Plus-Aufsicht	450
bb) Konglomerats-Aufsicht	451
cc) Aufsicht über Versicherungsholding-Gesellschaften	451
d) Begriff des Versicherungskonzerns	452
2. Rechtsrahmen für die Krisenbewältigung von Versicherungsunternehmen ..	452
a) Allgemeine Regeln für individuelle Unternehmen	452
b) Besondere Regelungen für Versicherungskonzerne	453
3. Grenzüberschreitende Versicherungsinsolvenzen	454
Sachregister	455